
Liebe Leserinnen und Leser,

aus akutem Platzmangel gibt es in diesem Newsletter nicht viele einleitende Worte. Es liegt viel an und viel Engagement ist gefordert. Im November wird es um die Verhinderung des Castor-Transports von Frankreich nach Gorleben und um die Verhinderung des Endlagerstandorts Gorleben gehen. Und es geht weiterhin um die Verhinderung der CO₂-Endlagerung, der unkonventionellen Gasförderung (Fracking) und um die Verhinderung von Asbestverseuchungen und weiterer Gewässerverschmutzungen.

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch für den Nebelmonat November viel Wärme und Tatkraft.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Ulla Weiß übernimmt die Koordination der Normungsarbeit im BBU

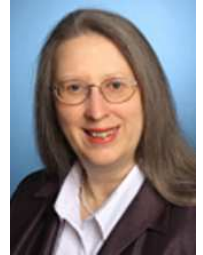
(BBU-VS) Anfang Oktober hat Ulla Weiß ihre Tätigkeit zur Vernetzung der Normungsarbeit im BBU aufgenommen. „Ich freue mich über meine neue Aufgabe. Ich starte mit der Vorbereitung des Workshops „Normung, Energie und Klimawandel“, so der Arbeitstitel, erläutert Ulla Weiß ihren Start.

„Die Minimierung des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel kann durch spezifische Normen, wie den Carbon Footprint unterstützt werden“, lautet eine der Arbeitshypothesen zum Workshop. Die Norm zum Carbon Footprint wird in 2012 fertig gestellt. Der Carbon Footprint soll angeben, wie groß die Wirkung eines Produkts auf die Treibhausgase ist.

Im BBU arbeiten ExpertInnen u. a. in den Normungsgremien zum Bauwesen, zu Ökobilanzen, zur Reinhaltung der Luft, zu den Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen der Nanotechnologie und im Bereich Wasser mit. Sie bringen die spezifischen umweltrelevanten Argumente in die Arbeit an den einzelnen Normen ein. Vor den Gremiensitzungen werden Kommentare zu den Normungsentwürfen formuliert. In der Sitzung muss eine Mehrheit für die Zustimmung der eingereichten Kommentare gefunden werden. „Die Normungsarbeit erfordert Fachkenntnisse in den einzelnen Themenbereichen und kommunikative Kompetenzen, um auch die VertreterInnen anderer gesellschaftlicher Gruppen oder Institutionen, z. B. der Wirtschaft, des Umweltbundesamts oder der Wissenschaft von den eigenen Vorschlägen zu überzeugen“, erläutert Ulla Weiß die Arbeitsweise in der Normung. Soweit Finanzmittel vorhanden sind, kann die Arbeit an einer internationalen Norm auch durch die Teilnahme auf internationalen Arbeitsgruppensitzungen fortgesetzt werden.

Auf den Sitzungen der BBU-AG „Umweltmanagement und Normung“ findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den NormungsexpertInnen des BBU statt. Die Organisation dieser BBU-AG gehört auch zu dem neuen Aufgabenbereich von Ulla Weiß. Weitere Informationen können über die Geschäftsstelle des BBU angefordert werden.

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Ulla Weiß ist persönlich erreichbar über 02302-9789040 und ursula.weiss@bbu-bonn.de. Sie ist BBU-Vorstandsmitglied und wurde kürzlich in den Vorstand von ECOS gewählt.



Fukushima-Vortragsreise beendet

(UB) Vom 9. bis 26. Oktober führte Kazuhiko Kobayashi in enger Kooperation mit dem BBU eine Vortragsreise durch die Bundesrepublik durch. In rund 10 Vorträgen in verschiedenen Städten informierte Herr Kobayashi über die Situation in Fukushima und warnte grundlegend vor den Gefahren der Atomenergie.

Hier einige Medienberichte über einzelne Stationen der Vortragsreise:

http://www.osthessen-news.de/beitrag_E.php?id=1204584

http://www.borkenerzeitung.de/lokales/kreis_borken/gronau/1744041_Astronomische_Kosten_nach_Fukushima.html

<http://www.youtube.com/watch?v=QVFWJr9qgF0>

Der BBU bedankt sich für die Vorträge und das Engagement des Herrn Kobayashi und wird mit ihm weiterhin im Kontakt bleiben. Angestrebt wird eine engere deutsch-japanische Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Atomindustrie.

Etwa Ende November soll ein deutschsprachiges Buch erscheinen, das Herr Kobayashi geschrieben hat: Globalisierung und unser Leben. Das Manuskript war bereits vor Fukushima fertig, Herr Kobayashi hat es aber nach dem japanischen Super-GAU vom 11. März ergänzend aktualisiert. Das Buch wird die ISBN-Nummer 978-3-86858-715-9 tragen und wird 13.90 Euro kosten. Mit dem erhofften Erlös des Buches möchte Herr Kobayashi (rückwirkend) seine Vortragsreise durch die Bundesrepublik finanzieren.

Bei Interesse kann über den BBU der Kontakt zu Herrn Kobayashi hergestellt werden. Sehr interessiert ist er an einem Informationsaustausch bezüglich der Strahlenschäden, die in Fukushima und anderswo drohen.

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen zu Themen wie Occupy-Bewegung, Biogasanlagen usw. des BBU, sowie früher erschiene, kann man hier nachlesen: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

BBU-Materialversand

Die neuen BBU-Materiallisten sind auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html> zu finden.

2. Themenbereiche

Asbest

Asbesttransport

(UB) Mit einer gigantischen Transportmenge soll eine Asbest-Deponie in Wunstorf-Luthe „entsorgt“ werden. Da der gefährliche Müll beim Transport auf eine andere Deponie nicht unschädlich wird, wächst die Kritik an dem Vorhaben. Mehr dazu unter <http://www.taz.de/Muell-Tourismus/!80708>.

Asbest in Innenräumen

Asbestfasern verwittern nicht, sie verbrennen nicht, und sie lösen sich auch nicht irgendwie auf; einst als Bewehrung z. B. in Platten (Dacheindeckungen, Fassadenverkleidungen, Pflanzkübeln), Pappen (Heizkörperverkleidungen, Dämmung, Unterseite PVC-Bodenbeläge) oder in schwarzen Bitumenklebern eingesetzt, liegen sie in so manchen Haushalten noch bis heute vor. Weniger gefährlich ist, wenn die Asbestfasern im Material fest gebunden sind und der Werkstoff keiner mechanischen Einwirkung wie etwa Bohren, Schleifen, Abstrahlen oder Bruch und Zerrieb ausgesetzt ist. Deutlich risikobehaftet ist es hingegen, wenn durch solcherart mechanischer Belastung Stäube entstehen und Asbestfasern in die Luft gelangen. Eingeatmet und dann über Jahrzehnte im Körpergewebe verweilend, können die Fasern Krebs hervorrufen.

Gleichwohl der Umgang mit Asbest scharfen Vorschriften unterliegt, kommt es immer wieder, oft aus Unkenntnis, zu Verstößen. Dacheindeckungen oder Fassadenverkleidungen werden abgeflext, um eine größere Öffnung für eine neues Fenster zu erhalten, Bruchstücke von Eternitplatten werden als Schotter zur Wegebefestigung verwendet. Dies ist nicht nur ein inakzeptabler Eintrag eines gefährlichen Stoffes in die Umwelt, sondern kann unversehens auch zu einer Anzeige wegen Umweltgefährdung mit entsprechenden Konsequenzen führen.

Nicht nur die Tatsache, dass in vielen Fällen eine Asbestsanierung sogar steuerlich absetzbar ist (erforderlich ist in jedem Fall ein Gutachten vor der Sanierung), sondern auch der Blick auf die eigene Gesundheit sollten Grund genug sein, im Verdachtsfall auf eine Analyse von Werkstoffen nicht zu verzichten.

Quelle: <http://www.ifau.org/pressemitteilungen/asbest0512.htm>

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Immer wieder ergeben sich Probleme durch Innenraumschadstoffe in Wohnungen. Der Zusammenschluss Betroffener zur Durchsetzung von Rechten gegenüber VermieterInnen und Behörden ist überaus wichtig. Betroffene können sich gerne zur Vernetzung beim BBU melden. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die BBU-AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit, Infos unter

<http://www.bbu-online.de/AG%20Innenraumschadstoffe%20und%20Gesundheit/AG%20Vorstellung.htm>

Atomindustrie

Herbstkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung

Fukushima hat die zwingende Notwendigkeit der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen weltweit abermals dramatisch deutlich gemacht. Mit der Stilllegung von acht beliebig ausgewählten Atom-Reaktoren hat die Bundespolitik aber lediglich dem gesellschaftlichen Druck in Deutschland Rechnung getragen. Die Politik feiert ihren „Atomausstieg“ und hofft, ein unbequemes Thema los zu sein. Acht Atomreaktoren sind vom Netz. Dies ist ein Erfolg des Jahrzehntelanges Widerstandes gegen Atomenergie. Die Freude darüber vernebelt aber nicht unseren klaren Blick: Nein – eine logische Konsequenz aus den Ereignissen in Fukushima oder gar ein grundlegender Wandel der Energiepolitik ist dieser „Atomausstieg“ nicht ! – Nein – dieser „Konsens“ kann nicht unserer sein! Neun Atom-Reaktoren laufen weiter, verbunden mit der Gefahr großer Katastrophen. Jeden Tag wird weiter Atommüll produziert. Uranabbau und Uranverarbeitung (Gronau, Lingen) und Atomtransporte gehen weiter. Die Bundesregierung fördert mit Hermesbürgschaften den Neubau von Atomkraftwerken z.B. in Brasilien und hält an der EURATOM-Mitgliedschaft fest. Und Firmen aus Deutschland e.on, RWE und die Deutsche Bank sind weltweit am Atomgeschäft beteiligt.

Die sichere Aufbewahrung von Atommüll ist und bleibt eine unlösbare Aufgabe. Über das Atommüll-Dilemma kann nicht durch ein Festschreiben eines Endlagersuchgesetzes hinweggetäuscht werden. Die Ereignisse um das Atommüll-Lager ASSE II und die willkürliche Entscheidung eines „Endlagers“ Gorleben sind nicht aufgearbeitet, die politisch Verantwortlichen wurden nicht zur Verantwortung gezogen. Die Stilllegung aller Atomanlagen ist zwingend notwendig vor der Suche nach Standorten für die Lagerung von Atommüll.

Mit Aktionen heute am AKW-Grohnde, zum CastorTransport nach Gorleben (24. November ab Frankreich, Demonstration in Dannenberg am 26.11.), einer internationalen Urankonferenz im Februar in Münster und weltweiten Aktionen zum 1. Fukushima – Jahrestag am 11. März 2012 geht die Auseinandersetzung unvermindert weiter.

Die Frühjahrskonferenz 2012 findet vom 30.3. - 01. April in Frankfurt statt.

Aus der Abschluss-Presseerklärung der Herbstkonferenz vom 02.10.2011. Der vollständige Text ist bei der BBU-Newsletter-Redaktion erhältlich. Auch ein Mitglied des BBU-Vorstands hat an der Herbstkonferenz teilgenommen.

Landeskonferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW:

Phantasievolle Protestaktionen in den kommenden Monaten geplant!

Über dreißig Gruppen, Initiativen, Organisationen und Parteien aus ganz NRW hatten sich am 08.10.2011 in Jülich zusammengefunden, um gemeinsam ihre Aktionen für die nächsten Monate abzusprechen. Eingeladen hatten das Aktionsbündnis STOP Westcastor, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Nach unseren Informationen sollen schon Anfang 2012 die ersten von 152 Transporten ins Atommülllager Ahaus rollen. Dabei handelt es sich um abgebrannte Kugelelemente aus dem Versuchsreaktor der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR) in Jülich. Unser erklärtes Ziel ist die Verhinderung dieser hochgefährlichen Transporte! In diesem Zusammenhang fordern wir die Bundes- und Landesregierung NRW auf, jegliche Geheimhaltung gegenüber der Öffentlichkeit zu unterlassen. Statt weitere Verschleppung und Täuschung, fordern wir Offenheit und Transparenz!

Die Verschiebung des Atom Mülls nach Ahaus ist völlig sinnlos, gefährlich und teuer. Das hat mit geordneter Entsorgung nichts zu tun! Aus diesem Grund werden wir mit einem breiten Bündnis Widerstand gegen die Transporte organisieren, mit der bundesweiten Mobilisierung werden wir schon zu dem Gorlebentransport im November beginnen!

Gegen den Ausbau der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau mit bestehenden und geplanten Zwischenlagern von rund 100.000 Tonnen Uranmüll in Form von Uranoxid und Uranhexafluorid, sowie einer Urantrennkapazität von 4500 to jährlich, ausreichend für ca. 35 AKW, ist eine Verstärkung des Protests erforderlich. Hierzu wird es am 04.02.2012 eine international besetzte Urankonferenz in Münster geben. Auch in Gronau gibt es für den Atom Müll kein Entsorgungskonzept!

Daher werden wir zum 1. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe am 11. März in Gronau und im belgischen Tihange, nahe der NRW-Grenze, große Demonstrationen organisieren. Zur Mobilisierung für den Fukushima-Jahrestag soll am 3. März ein dezentraler NRW-Aktionstag stattfinden.

Zudem wird es in Jülich Ostermontag einen zentralen Ostermarsch der NRW-Anti-Atomkraft-Bewegung geben, den wir gemeinsam mit den Gruppen der Friedensbewegung durchführen.

Zum Tschernobyl Jahrestag (26. April) werden wir dezentral an vielen Orten Aktionen durchführen, u. a. vor Büros der Energiekonzerne – Tschernobyl darf nicht in Vergessenheit geraten!

Die nächste NRW-Konferenz der Anti-AKW-Bewegung, deren Schwerpunkt die Atomtransporte von Jülich nach Ahaus sein wird, ist für Januar 2012 geplant.

Aus Platzgründen gekürzte Presseerklärung der Landeskonferenz vom 9.10.2011; vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/09.10.11.html>. Der NRW-Landeskonferenz gehören auch mehrere BBU-Mitgliedsinitiativen an.

Protest draußen und drinnen

Castor-Streckenaktionstag am 29. Oktober

Kann der nächste Castor-Transport nach Gorleben noch gestoppt werden?

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) gibt sich nicht geschlagen: die Messwerte und die Prognose des Niedersächsisches Landesamts für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), die bei einer Einlagerung weiterer 11 Behälter mit hochradioaktivem Müll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) la Hague von einem Strahlenwert von 0,32 Millisievert, also einer Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts von 0,3 Millisievert ausgeht, ist aus Sicht der Gorleben-Gegner nicht vom Tisch.

Gleichwohl laufen sich die Atomkraftgegner warm. Bundesweit haben sie einen "Castor-strecken-Aktionstag" ausgerufen. "Entweder der Transport wird noch abgesagt, dann ist diese Aktion ein Beitrag dazu, wir sind aber gut beraten, mit Blick auf den geplanten Transporttermin am 24.

November nun in die heiße Mobilisierungsphase einzusteigen", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Gorleben-Gegner treffen sich am kommenden Samstag um 12.30 Uhr am Bahnhof Leitstade oder fahren mit dem Zug zur Demo um 12.11 Uhr ab Bahnhof Dannenberg-Ost.

Gleich am Sonntag um 15 Uhr folgt im Gasthaus Wiese in Gedelitz ein großer Ratschlag.

"Der Castor kommt! Wer macht was?" – unter dieser Überschrift geben die Gruppen einen ersten Überblick über geplante Aktivitäten in der "Castor-Zeit". Geklärt soll auch werden, ob wie im Jahr zuvor in der heißen Phase ein "Unruhetag" ausgerufen wird. Wer sich mit Plakaten und Flyern eindecken will, wird auf dem Ratschlag fündig. Gebraucht werden auch noch viele Helferinnen und Helfer für den Aufbau von Zelten auf der Esso-Wiese in Dannenberg.

Übersicht über Aktionsorte am 29. Oktober <http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/castor11/aktionstag-2910.html>

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 29.10.2011. Weitere Informationen unter www.bi-luechow-dannenberg.de. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Eine Pressemitteilung des BBU zum Streckenaktionstag steht im Internet unter



CO2-Endlagerung

Bürgerinitiative "Kein CO2-Endlager Altmark" schreibt an die Mitglieder der Bundesregierung

In einem Schreiben der Bürgerinitiative "Kein CO2-Endlager Altmark" vom 26.10. an die Mitglieder der Bundesregierung heißt es, „wie aus der Presse zu erfahren, beabsichtigen Sie, das sog. CCS-Gesetz an den Vermittlungsausschuß zu verweisen, nachdem es vom Bundesrat abgelehnt und nicht an den Vermittlungsausschuß verwiesen wurde. Welche Lösung Sie sich von einer Behandlung des Themas im Vermittlungsausschuß versprechen, ist uns nicht bekannt. Wie wohl auch der Bundesrat erkannt hat, kann dieser Gesetzentwurf durch einige marginale Änderungen (z.B. bei Fristen und Modalitäten der "Verantwortungsübertragung", § 31, oder bei der "Evaluierung", § 44) nicht zustimmungsfähig werden. Sämtliche hier oder an anderer Stelle denkbaren "Verbesserungen" der Gesetzesvorschriften wären in Anbetracht der Dimensionen des Gesamtprojektes und seiner grundsätzlichen Fragwürdigkeit absolut bedeutungslos. Lassen Sie uns doch nicht den Weg in ein neues Endlagerproblem beschreiten! Lassen Sie uns doch lernen aus den Erfahrungen mit der Atomenergie! Besiegeln Sie die CCS-Idee mit einem Unterlassungsgesetz! Dies würde auch mit sich bringen, daß unsere Köpfe und Kassen frei würden für die konsequente Gestaltung der Energiewende. - Sie ist doch unsere Baustelle!"

Die Bürgerinitiative gehört dem BBU an. Informationen unter <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de>.

Fracking

Moratorium in NRW darf nicht aufgeweicht werden

In Nordrhein-Westfalen werden momentan keine Anträge auf Gasbohrungen bearbeitet. Dieses faktische Moratorium gilt, weil schon im Zusammenhang mit der Erkundung unkonventioneller Gasvorkommen wesentliche Nachteile für die Bevölkerung nicht auszuschließen sind.

Ein Gutachten des Wirtschafts- und Umweltministeriums soll im Ergebnis ein Regelwerk liefern, unter welchen Umständen sowohl die Exploration als auch die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen möglich sein könnten. Die Minister sprechen explizit von einer Risikoanalyse in Bezug auf die unkonventionelle Gasförderung. Hydraulic Fracturing ist ein wesentlicher Risikofaktor, aber leider nicht der einzige.

Die Initiativen "Gegen-Gasbohren.de" begrüßen die gerade erfolgte Selbstverpflichtung von HammGas und A-Tec, auf Hydraulic Fracturing im Rahmen der Kohleflözgasförderung zu verzichten. Sie sehen aber keinerlei Grundlage dafür, dass damit das Moratorium des Landes für diese Unternehmen nicht mehr gelten sollte.

Das gleiche gilt für "oberflächennahe Erkundungsbohrungen" von denen Wintershall und ExxonMobil sprechen. Sobald es um die Exploration unkonventioneller Lagerstätten geht, muss erst das Ergebnis der Studie des Landes NRW abgewartet werden. Erst mit einem fundierten Regelwerk und umfassendem Wissen über die Risikofaktoren, können Anträge sinnvoll bearbeitet werden.

Über 15 der Bürgerinitiativen, welche sich explizit mit der Problematik der Gasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten befassen, sprechen sich jedoch weiterhin konsequent für ein generelles Verbot dieser Art der Gasförderung aus und werden den Zugriff auf Schlupflöcher oder Umgehungsversuche zu Lasten von Mensch und Natur nicht dulden. Quelle: <http://www.gegen-gasbohren.de/2011/10/20/moratorium-in-nrw-darf-nicht-aufgeweicht-werden>

Gewässerschutz

Pestizide

(UB) Die Gruppen und Initiativen im BBU, die sich schwerpunktmäßig mit dem Gewässerschutz befassen, warnen schon lange vor den Gefahren der Pestizide. Dass die Warnungen berechtigt sind, kann aktuell hier nachgelesen werden:

<http://www.laborpraxis.vogel.de/forschung-und-entwicklung/analytik/articles/335017/?icmp=aut-artikel-artikel-60>

Klimaschutz

Mit der Kraftwärmekopplung zu mehr Klimaschutz!

Die hocheffiziente Kopplung von Strom- und Wärmeerzeugung („Kraft-Wärme-Kopplung“ - KWK) bietet den Vorteil einer erheblich besseren Ausnutzung der Primärenergie: In der Regel wird in KWK-Anlagen Erd- oder Biogas (künftig auch „Windgas“) verfeuert, wobei dank der Abwärmenutzung in den Gasmotoren die Primärenergie mit einem Wirkungsgrad von 90 Prozent und mehr genutzt werden kann. Mit dem hohen Wirkungsgrad geht eine geringere CO2-Emission und somit einer besseren Klimabilanz als bei herkömmlichen Kraftwerken einher. Deshalb sollte die Stromproduktion weit mehr als bislang auf Kraftwärmekopplung umgestellt werden. Das KWK-Gesetz von 2009 sah deshalb vor, den in KWK-Anlagen erzeugten Strom an der gesamten deutschen Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen. Derzeit sieht so aus, als würde dieses Ziel grandios verfehlt. Das Freiburger Klimabündnis setzt sich deshalb dafür ein, dass bei den anstehenden Novellen des deutschen KWK-Gesetzes und der EG-Energieeffizienz-Richtlinie die Rahmenbedingungen für Zubau von KWK-Anlagen deutlich verbessert werden. Als Anregung für die LeserInnen des BBU-Infobriefes, sich ebenfalls für einen massiven Ausbau der Kraftwärmekopplung zu engagieren, hat der Ak Wasser im BBU einen Übersichtsaufsatz zu den aktuellen Gesetzes-Initiativen zum Ausbau der Kraftwärmekopplung in Deutschland und in der EU zusammengestellt. Den Aufsatz kann man sich kostenlos mailen lassen vom r e g i o W A S S E R e.V., Freiburger Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Buergerinitiativen

Massentierhaltung

Protest in Aerzen

(UB) Gegen den Bau neuer Hähnchenmastställe hat eine Bürgerinitiative in Aerzen (Niedersachsen) weit über 1000 Unterschriften gesammelt. Weitere Informationen unter http://www.dewezet.de/portal/lokales/aktuell-vor-ort/aerzen-emmerthal_1202-Einwohner-sagen-Nein-zu-Maststall-Plaenen-arid,374887.html.

Müllverbrennung

MVA verhindert!

Mit großer Erleichterung hat die Bürgerinitiative Schwabmünchen/Hiltentfingen auf die Entscheidung von UPM-Kymmene reagiert, den Genehmigungsantrag für Bayerns zweitgrößte Müllverbrennungsanlage zurückzuziehen und das industrielle Großprojekt in der Gesundheitsregion Unterallgäu nicht zu realisieren.

„Wir haben immer gesagt, dass Widerstand sich lohnt, egal wie er ausgeht,“ erklärte Dr. Joachim Herbold, der die seit drei Jahren monatlich stattfindenden Mahnwachen vor den Werkstoren der Firma Lang Papier initiiert hat. „Wir haben die Mahnwachen von Anfang an als ein Forum definiert, das über dem Konflikt selbst steht und das unsere Hoffnung auf eine Lösung zum Ausdruck brachte, mit der alle - die Verantwortlichen von Unternehmen und Politik, aber auch die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sorge um Umwelt und Gesundheit sowie die Mitarbeiter von Lang Papier - gut leben können. Denn jede andere Lösung hätte auf Jahre hinaus den Frieden in der Region belastet.“

Dieser positive Ausgang eines langen Ringens wäre, so die BI Schwabmünchen/ Hiltentfingen, nicht möglich gewesen, wenn sich nicht viele Menschen in der Region seit Januar 2008, als das Vorhaben der Firma Lang bekannt wurde, für eine bessere Lösung eingesetzt hätten. Vor allem ohne den ersten Widerstand, der im Mai 2008 zu einer Verschiebung des Vorhabens führte, und ohne die Bündelung der Kräfte im Verein Gesundes Wertachtal, wäre das Projekt heute im Bau. Es wären Tatsachen geschaffen worden, die auch von UPM-Kymmene nur schwer zu korrigieren gewesen wären. Jede der 10.900 Einwendungen war wichtig und hat zum Ausdruck gebracht, dass sich die hier lebenden Menschen einen anderen Entwicklungspfad für ihre Heimat wünschen, als den von der Firma Lang vorgeschlagenen.

Wir haben großen Respekt vor der Entscheidung von UPM-Kymmene. Sie dient dem friedlichen Miteinander, vor allem aber ist sie ein Zeichen, dass die Belange von Umwelt und Gesundheit Beachtung finden. Wir wünschen dem Standort Ettringen, dass er sich innerhalb von UPM-Kymmene positiv entwickelt und den Menschen in der Region sichere Arbeitsplätze bieten kann.

Pressemitteilung der BI Schwabmünchen/Hiltentfingen vom 11.10.2011.

Informationen unter www.MahnwacheGesundesWertachtal.de. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU

Natur- und Artenschutz

Bündnis Heideterrasse e.V.

Der Naturraum Bergische Heideterrasse als 2-3 km breites und etwa 50 km langes Landschaftsband zwischen der Ruhr im Norden und der Sieg im Süden ist der wohl artenreichste Naturraum NRWs mit 16 Naturschutzgebieten. Weil viele Bereiche der Heideterrasse durch Wohnbebauung und Gewerbegebiete verbaut oder voneinander abgeschnitten worden sind, ist die Heideterrasse heute in einen nördlichen und einen südlichen Teil aufgeteilt.

Verinselte Naturschutzgebiete können auf Dauer keine Gewähr dafür bieten, dass die biologische Artenvielfalt bewahrt werden kann. Daher ist es unser Ziel, diesen international bedeutenden Naturraum als zusammenhängende Landschaft zu sichern, den Biotopverbund zu verbessern und die Wertschätzung gegenüber dieser einmaligen Landschaft zu fördern.

Aus einer Abwehrgruppierung gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Köln-Bonn formierte sich zum Jahrtausendwechsel der Dachverband "Bündnis für die Wahner Heide e.V.". Aufgrund der bis 2004 andauernden militärischen Nutzung durch die belgischen Streitkräfte konnte das Bündnis erst danach die erholungssuchende Bevölkerung mit vielfältigen Angeboten ansprechen. Im Jahr 2009 erfolgte dann die Umbenennung in "Bündnis Heideterrasse e.V."

Zielen und Aufgaben des Bündnis sind

- eine vielseitige Öffentlichkeitsarbeit
- das politische Engagement in unterschiedlichen Gremien
- das Erarbeiten wissenschaftlicher Gutachten
- das Einwirken auf Parlamente, Behörden und Verwaltungen, um dem Schutz der Natur Geltung zu verschaffen
- die Entwicklung sanfter Naherholungs- und Naturschutzkonzepte
- Einsatz für lokale ökologische Belange und Informationen über damit verbundene Themen.

Von April bis Oktober informieren wir interessierte BesucherInnen an Sonn- und Feiertagen in einem kleinen Infozentrum. Wir betreuen ein eigenes Rundwanderwegenetz und kooperieren mit lokalen Gaststätten und ortansässigen Betrieben.

Mit regelmäßigen, monatlichen Treffen bieten wir auch ein buntes und informatives Programm für Kinder von 6-12 Jahren an. Mit zusätzlichen Ferienfreizeiten wollen wir den Kindern die Zusammenhänge der Natur und besonders die Bedeutung des Naturschutzgebietes Südliche Heideterrasse spielerisch nahe bringen.

Jürgen Carl, Schatzmeister, Bündnis Heideterrasse e.V., www.heideterrasse.net.

Das Bündnis ist eine Mitgliedsorganisation des BBU

Tonergerfahren

Mit Aufklebern und Postern vor Tonergerfahren warnen

„Laserdrucker sind heutzutage fast allgegenwärtig. Doch kaum bekannt ist, dass diese Geräte sehr häufig die Atemluft mit einem ungefilterten Mix aus Schadstoffen, Feinstäuben und Nanopartikeln belasten. Regelmäßig werden bei Analysen gefährliche Schadstoffe nachgewiesen.“ Quelle und weitere umfassende Informationen: Stiftung nano-control unter <http://www.nano-control.de>. Die Stiftung ist Mitglied im BBU. Hinweis der BBU-Newsletter-Redaktion: Bei der Stiftung können auch Materialien wie Aufkleber und Poster bestellt werden, um auf die Tonerproblematik vielfältig hinweisen zu können.

**Tonerstäube aus
Laserdruckern
können Asthma
verursachen**

3. Preisverleihung

Verleihung der ethecon Preise 2011: Ehrung für Angela Davis - Schmähung für Tsunehisa Katsumata und andere Verantwortliche von TEPCO

Die Preisträger der beiden diesjährigen ethecon Preise stehen fest: Der Internationale ethecon Blue Planet Award 2011 geht an die US-amerikanische als „Polit-Ikone“ geltende Angela Davis. Der Internationale ethecon Black Planet Award 2011 stellt den Chairman Tsunehisa Katsumata, den für die Fukushima-Katastrophe verantwortlichen CEO Masataka Shimizu, weitere verantwortliche Manager und namentlich nicht bekannte GroßaktionärInnen von TEPCO an den Pranger.

Die Preisverleihung findet im Rahmen der ethecon Tagung am Samstag, 19. November, im Pfefferwerk in Berlin statt. Angela Davis wird den Preis persönlich entgegen nehmen. Die geschmähten TEPCO-Verantwortlichen und -AktionärInnen werden den Preis im Rahmen breiter öffentlicher Aktionen unter Einbeziehung der Opfer und internationaler sozialer Bewegungen zu einem späteren Zeitpunkt ausgehändigt bekommen.

Der Festakt zur Verleihung beginnt um 14.00 Uhr im „Großen Saal“ in der Schönhauser Allee 176 und ist kostenlos aber anmeldepflichtig (info@ethecon.org).

Aus einer Pressemitteilung von ethecon vom 06.09.2011. Der gesamte Text ist nachzulesen unter <http://www.ethecon.org/de/1383>.

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Wie wir erfahren haben, wird Prof. Elmar Altvater (FU Berlin, wissenschaftlicher Beirat Attac, Institut Solidarische Moderne) die Schmährede auf Tepco halten.

4. Lesetipp

Herbstausgabe der WATERKANT erschienen

Die Herbstausgabe der "WATERKANT -- Zeitschrift für Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion" ist pünktlich zum "World Maritime Day" am 29. September erschienen. Es ist das erste Heft dieses nicht-kommerziellen Blattes seit seinem 25. Geburtstag im Sommer dieses Jahres und enthält wieder eine Vielzahl abwechslungsreicher Aufsätze zu meeres- und küstenspezifischen Problemen,

- unter anderem eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Planfeststellungsbeschluss zur geplanten Weser-Vertiefung,
- kritische Betrachtungen zum ungebremsten Ausbau der Offshore-Windkraftindustrie,
- einen Beitrag zum politischen Gerangel um Ausbau (oder Nicht-Ausbau) des Nord-Ostsee-Kanals,
- ergänzend zum erwähnten Fischerei-Artikel eine Vorstellung des aktuellen Positionspapiers von Umwelt- und Entwicklungsverbänden zur Reform der EU-Fischereipolitik.

Ein genaues Inhaltsverzeichnis der aktuellen WATERKANT ist auf der [Webseite](#) der Zeitschrift zu finden, dort gibt es auch einen Link für Bestellungen: Das WATERKANT-Team freut sich auf viele derartige Anfragen und bedankt sich für Euer Interesse. <http://www.waterkant.info>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 10 / 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.11.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.